

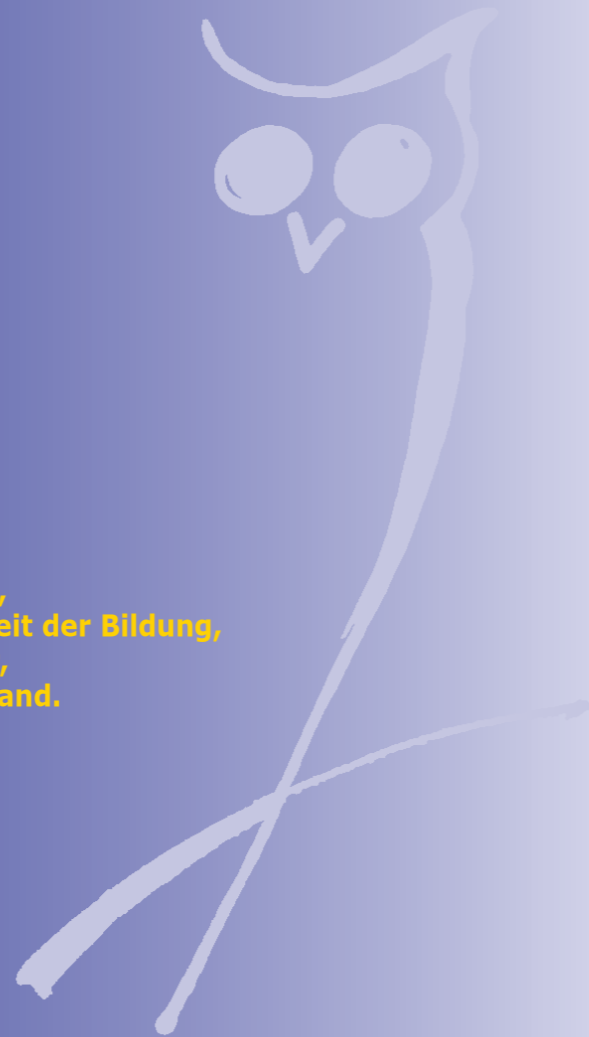
Bildung sucht Dialog!

Dieser
vierte
Band
der
PH NÖ
sammelt
und
präsentiert
Facetten
zum
Dialog
um
Fragen
zur

- Menschlichkeit in der Schule,
- Vielheit der Fächer und Einheit der Bildung,
- dialogischen Führungskultur,
- Ethik als Unterrichtsgegenstand.

Er
will
alle
Lehrer/innen
und
an
Bildung
interessierten
Bürger/innen
einladen
zu
Kontakt,
Gespräch
und
Zusammenarbeit.

ISBN 978-3-9519897-4-7



Erwin Rauscher (Hg.) Unterricht als Dialog

Pädagogik für Nieder-
österreich — **Band 4**

Erwin Rauscher (Hg.)

Unterricht als Dialog

Von der Verbindung der Fächer
zur Verbindung der Menschen

Pädagogik
für
Niederösterreich
Band 4



Erwin Rauscher (Hg.)

Unterricht als Dialog

Von der Verbindung der Fächer
zur Verbindung der Menschen

Pädagogik
für
Niederösterreich

Band 4



IMPRESSUM

Eigentümer und Medieninhaber:
Pädagogische Hochschule Niederösterreich
Mühlgasse 67, A 2500 Baden

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Austria – Jänner 2011
Redaktion: Erwin Rauscher
Lektorat: Günter Glantschnig
Text, Gestaltung und Layout: Erwin Rauscher
Druck: Paul Gerin GmbH & Co KG, 2120 Wolkersdorf, Wienerfeldstraße 9

ISBN 978-3-9519897-4-7

Karl Lengheimer

Die Vernunft der Massen

Ein Plädoyer für politische Bildung

Politische Bildung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine positive Weiterentwicklung unseres demokratischen Systems. Sie ist besonders für junge Menschen wichtig, weshalb den Lehrerinnen/Lehrern eine besondere demokratische Verantwortung zukommt. Unter politischer Bildung darf nicht ein Faktenwissen verstanden werden, sie muss die verschiedenartigen Einflüsse auf die Entscheidungen der Staatsorgane transparent machen und die Bedingungen erklären, unter denen sie zustande kommen. Sie muss ein realistisches Bild der Arbeitsbedingungen politischer Organe vermitteln und muss Verständnis dafür erwecken, dass die Macht des Volkes nur unter gegenseitiger Achtung und Toleranz und in einem arbeitsteiligen Verfahren ausgeübt werden kann. Erfolgreiche politische Bildung erfordert ebenso mutige wie gut ausgebildete Lehrer/innen mit hohen ideellen Ansprüchen.

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht.“ Die Worte aus der ‚Arbeitermarseillaise‘ des deutschen Dichters und Arbeiterführers Jacob Audorf in der Mitte des vorvorigen Jahrhunderts dürften eine neue, zeitgemäße Bedeutung gefunden haben. Es scheint den „Unverstand der Massen“ auch in unseren Tagen zu geben, und er lässt so manchen an der Demokratie verzweifeln. Den/Der Spitzenkandidaten/-kandidatin etwa, der/die am Wahlabend nach Worten ringt, um zu erklären, warum so viele Wähler/innen den Schalmeientönen einer ‚populistischen Partei‘ gefolgt sind. Die Regierungschefs, welche während einer Wahlauseinandersetzung, die gemeinhin als ‚Zeit fokussierter Unintelligenz‘ gilt, staatsnotwendige Vorhaben geheim halten. Oder jene Parteifunktionäre, welche ein ambivalentes, um nicht zu sagen: opportunistisches Verhältnis zu direktdemokratischer Mitbestimmung haben und das Volk einmal zur Abstimmung über alles und jedes aufrufen, und ein anderes Mal Bürger/innen vor allzu komplexen Entscheidungen bewahren zu wollen.

All diese Einstellungen, die den vermeintlichen Unverstand des Wählervolkes fürchten, ihn aber bei sich bietender Gelegenheit andererseits zum Werkzeug politischer Propaganda nutzen möchten, lassen einen Mangel an Wissen erkennen, was Demokratie zu leisten vermag und was nicht. Denn die Demokratie des klassischen griechischen Staatswesens war keine Herrschaft des aus allen erwachsenen Frauen und Männern bestehenden Volkes und damit gewiss nicht das, was heute – übrigens auch erst seit nicht einmal 100 Jahren – als Demokratie verstanden wird.

Leider scheinen sich nur wenige Gedanken darüber zu machen, wie Demokratie unter den Bedingungen des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes auch in wirtschaftlich- und gesellschaftspolitisch schwierigen Zeiten funktionieren kann. Man belässt es bei der unter Berufung auf Churchill gern gebrauchten resignierenden Feststellung, dass Demokratie eine ziemlich schlechte, aber alternativenlose Staatsform sei. Dabei wäre es gut, angesichts manch demokratiekritischer Äußerungen insbesondere unter der Jugend weiter führende Überlegungen zu unserem politischen System anzustellen.. Denn der doch noch recht junge Baum unseres demokratischen Staatswesens, der übrigens nach mancher Fehlentwicklung erst vor 65 Jahren ordentlich zu wachsen und zu gedeihen begonnen hat, ist keineswegs noch so standsicher, dass ihm nicht von den widrigen Winden des Populismus und der Demokratieverdrossenheit ernsthafte Gefahr drohen könnte.

Dabei ist die Sache – zumindest in der Theorie - ziemlich einfach. Volksherrschaft erfordert ein Volk, das seine Bestimmung zum Herrschen richtig einzuschätzen vermag. Richtige Selbsteinschätzung setzt das Bewusstsein voraus, was man selbst entscheiden kann (direkte Demokratie) und worin man sich im Hinblick auf die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten durch geeignete Repräsentanten vertreten lassen sollte. Jede/r, der in einen Gerichtsprozess verwickelt ist, weiß, dass er für das prozessuale Verfahren einen Anwalt braucht, so man nicht selbst von Berufs wegen mit derlei Sachen zu tun hat. Man wird sich von diesem beraten lassen, aber die wesentlichen Entscheidungen, die Auswahl des Rechtsvertreters, die Bereitschaft zum Prozessrisiko oder die Bestimmung des Prozesszieles wird man allenfalls nach Gesprächen mit Verwandten oder Freunden selbst zu treffen haben, ohne deshalb Jurist sein zu müssen.

In gleicher Weise erfordert die Partizipation am demokratischen Prozess nicht zu aller erst die Kenntnis parlamentarischer Spielregeln, so wichtig diese auch sein mögen. Politische Bildung ist zunächst einmal Allgemeinbildung: Eine Allgemeinbildung, welche die Menschen in die Lage versetzt, ihre Ziele und Möglichkeiten als Mitglied einer sozialen Gruppe zu erkennen und darnach zu handeln. Es ist wohl eine Binsenweisheit und verdient dennoch immer wieder betont zu werden: Je weiter der Bildungshorizont eines Volkes, umso größer die Fähigkeit zu sachgerechter demokratischer Diskussion und Entscheidung und umso geringer die Gefahr, von Populisten – gleich welcher Couleur – in die Irre geführt zu werden. Zu Recht wird politische Bildung daher heute als Unterrichtsprinzip und nicht allein als Unterrichtsgegenstand gesehen.

Aber auch in einem engeren Begriffsumfang muss politische Bildung über das Formale hinaus die tatsächlichen Funktionsweisen politischen Handelns vermitteln und darf sich nicht auf die Darstellung prozessualer Formen beschränken. Der Grund hierfür ist zunächst ein ökonomischer: Auf wie viele Jahre der Bundespräsident gewählt wird, wie viele Mitglieder der National- oder der Bundesrat hat oder wie der Regierungschef der Republik oder seines Bundeslandes heißt, das kann heute jeder Schüler, jede Schülerin via Internet in kürzester Zeit herausfinden. Es lohnt sich nicht, dafür viel Zeit zu verschwenden.

Es gibt aber einen viel tiefer liegenden Grund, politische Bildung nicht darauf zu reduzieren, die Funktionsweise demokratischer Entscheidungsprozesse darzustellen und im besten Licht erscheinen zu lassen. Politische Bildung muss das Bewusstsein dafür schärfen, dass die bestausgeklügelten verfassungsrechtlichen Spielregeln nichts wert sind, wenn sie nicht im Bewusstsein einer sozialen Gemeinschaft verankert sind. Sie muss auf die Gefahren hinweisen, die solchen Regeln durch menschliches Versagen jederzeit drohen können. Wie

viele Lehrer/innen haben wohl den Mut, ihre Schüler/innen darauf hinzuweisen, dass Hitler und die NSDAP 1933 in Deutschland nicht ein Phantom obskurer, außerirdischer Mächte waren, sondern nach den Grundregeln einer demokratischen Verfassung durch Wahl bzw. Ernennung seitens des demokratischen deutschen Staatsoberhauptes an die Macht gelangt sind. Informieren sie darüber, dass Diktatoren sehr oft demokratische Verfassungsordnungen zunächst als Werkzeug für ihre Ziele missbraucht haben, lang bevor sie endgültig die Maske fallen ließen und die ihnen lästige Verfassungs- und Rechtsordnung auch formell außer Kraft gesetzt haben? Mahnen sie zur Vorsicht, wenn sogar unter dem Deckmantel der Demokratie die persönliche Meinungs- und Handlungsfreiheit mit deren Instrumenten unterbunden werden soll?

Die Geltung einer Verfassungs- und Rechtsordnung wird weder durch ernste Reden noch durch edles Papier oder teuren Druck gewährleistet, sondern nur durch die Bereitschaft der Mitglieder einer Gemeinschaft, diese anzuerkennen. So wie ein Gesellschafts- oder Kartenspiel niemals allein kraft Spielanleitung funktionieren kann, sondern nur durch deren Einhaltung seitens der Spieler/innen. Kinder, die bei einem Gesellschaftsspiel schwindeln oder nicht mehr mitspielen wollen, weil sie verlieren, bezeichnet man noch zu klein oder zu unreif für dieses Spiel. Wie bezeichnet man Erwachsene oder gar Politiker, die Verfassungsregeln nicht einhalten oder ändern wollen, weil sie in einer bestimmten Situation ihren Interessen zuwiderlaufen? – eine interessante Aufgabenstellung für Diskussionen im Fach politische Bildung. Beispielsfälle gibt es – ohne Beschränkung auf bestimmte politische Richtungen – zuhauf.

Politische Bildung muss auch den Unterschied zwischen dem demokratischen Normengefüge und der Realität erkennen lassen. Wer seinen Schüler/innen nur erklärt, dass Gesetze im Parlament beschlossen werden, hat ihnen nur die halbe Wahrheit erklärt. Sie werden sich wundern, wenn sie in den Medien wieder einmal vernehmen, dass die Regierungsparteien eine Steuer-, Pensions- oder Bildungsreform beschlossen hätten. Zur richtigen Information gehört das Bewusstsein, dass solche Entscheidungen meist in den Spitzengremien der Regierungsparteien fallen, die sich schon in ihrem Koalitionspakt dazu verpflichtet haben, Übereinkünfte sowohl in der Regierung als auch im National- und Bundesrat ‚durchzutragen‘, sodass der in der Verfassung vorgezeichnete Weg der Bundesgesetzgebung recht oft ein Weg der Bundesgesetzzerklärung seitens der führenden Repräsentanten der Parteien gegenüber den zur verfassungsmäßigen Entscheidung berufenen Mandatarinnen und Mandataren ist. Warum dies so ist, welche Alternativen in einer stärker von den Parteien unabhängigen und persönlichkeitsorientierten Wahl lägen, aber auch welche Nachteile dies für schnelle Entscheidungsfindungen bedeuten könnte, wäre zu erklären notwendig, um politische Vorgehensweisen aufzuhellen und verständlich zu machen. Aus dem Buchstaben der Verfassung lassen sich diese Kenntnisse ebenso wenig gewinnen, wie das Bewusstsein über den Einfluss von Verbänden, von Konzernen oder von Medien auf politische Entscheidungsträger. Kurzum, politische Bildung muss die politische Realität erhellen und darf nicht nur ein Normengefüge abbilden, wenn Politik für junge Menschen verständlich und akzeptabel sein soll.

Auch scheint in der politischen Bildung die Allerweltsweisheit von Bedeutung, dass Politiker/innen ‚Menschen wie du und ich‘ sind. Sie sind weder jene engelsgleichen Gestalten als die sich manche gern darstellen möchten, die jederzeit und überall unter Verzicht auf persönliche oder Parteiinteressen ausschließlich das allgemeine Wohl im Auge haben, noch sind sie die im Boulevard oder in Stammtischrunden gelegentlich apostrophierten Finsterlinge, welche gierig nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht und gleichgültig gegenüber Land und Leuten

sind. Politiker/innen sind Menschen wie wir alle mit denselben Stärken und Schwächen, Idealen und Egoismen, Freiheiten und Zwängen. Es ist daher wenig davon zu halten, zu Schülerdiskussionen von den Fraktionen nominierte Politiker/innen einzuladen, die auf wohl vorbereitete Fragen ebenso wohl vorbereitete Antworten geben, um vor den Jugendlichen ein möglichst gutes, wenn auch freilich wenig realistisches Bild abzugeben.

Schließlich muss politische Bildung die kritische Selbstreflexion des *demos*, der Bürger/innen stimulieren. Manche Politiker/innen und auch Lehrer/innen vermitteln den jungen Menschen nämlich den Eindruck, als selbstständigen Bürger/innen nach eigenem, recht oft aber indo-krinisiertem, normativen Bewusstsein, kompromisslos die ‚demokratische Macht‘ ausüben zu sollen. Man muss gewiss nicht Jürgen Habermas‘ Theorie des kooperativen Handelns in der Schule durchführen und auch nicht die vielen Demokratie- und Diskurstheorien. Es genügt, das Bewusstsein zu wecken, dass Demokratie wenig mit Rechthaberei und viel mit Diskurs zu tun hat, dass die Summe von lauter Einzelinteressen kein Gemeininteresse erzeugt, und dass Mehrheitsabstimmungen in der Demokratie zwar ein notwendiges, aber keineswegs das einzige und sicher nicht das beste Instrument staatlicher Willensbildung darstellen.

Manche Lehrkräfte scheuen sich freilich davor, den sicheren Boden des verfassungsrechtlichen Normengefüges zu verlassen und in die Realität des politischen Lebens einzusteigen. Sie fürchten gewiss nicht zu Unrecht, sich mit systemkritischen Darstellungen dem Vorwurf der politischen Parteinahme für die jeweilige Opposition auszusetzen. Dieser Vorwurf wäre allerdings nur dann berechtigt, wenn man es bei einer Zustandsanalyse bewenden lässt, ohne deren Hintergründe auszuleuchten. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Regierungsparteien pflegen staatspolitisch wichtige, die Bevölkerung belastende Maßnahmen mitunter eine zeitlang aufzuschieben oder zu verschweigen, um ihren Erfolg bei anstehenden Wahlen nicht zu gefährden. Dieser Umstand ist wert, im Rahmen der politischen Bildung offen gelegt zu werden. Wer dabei stehen bleibt, gerät in Verdacht, für die Oppositionsparteien zu werben, die solches kritisieren. Notwendig ist, den Schüler/innen zu erklären, dass dies deshalb so ist, weil regierenden Parteien in der Tat fürchten müssen, bei einer nicht ausreichend informierten und geschulten Bevölkerung Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Dann aber wird schnell klar, dass die gegenwärtige Opposition – wäre sie an der Regierung – höchstwahrscheinlich nicht anders handeln würde. Die vordergründig parteipolitische Kritik wird somit zur Systemkritik und kann in weiterer Folge dazu führen, Überlegungen anzustellen, wie man diesem Teufelskreis entrinnen kann, etwa durch bessere wirtschaftspolitische Bildung.

Den Lehrkräften kommt somit im Rahmen des ‚Unterrichtsprinzips politische Bildung‘ eine ebenso schwierige wie wichtige, ja im Interesse der Demokratie unverzichtbare Aufgabe zu. Diese Aufgabe besteht darin, das demokratische System nicht nur formal darzustellen, sondern den Schülerinnen/Schülern auch die unterschiedlichen Einflüsse auf seine Funktionsweise bewusst zu machen, d.h. sie insbesondere darauf hinzuweisen, dass dieses System nicht von computergesteuerten Apparaten in Gang gehalten wird, sondern von menschlichen Wesen mit all ihren Interessen, Eigenheiten, Idealen aber auch Egoismen. Lehrer/innen, die sich dieser Aufgabe korrekt unterziehen, können nicht in Verdacht kommen, parteipolitisch zu indoktrinieren, weil diese menschliche Komponente der Politik für alle Parteien in gleicher Weise Gültigkeit hat. Sie können freilich mit jenen Tendenzen in den politischen Parteien in Konflikt kommen, die die Menschen durch allzu vereinfachte Botschaften für sich zu gewinnen trachten und denen an einer Erweiterung des politischen Horizonts ihres Wählervolks deshalb wenig gelegen ist. Einen solchen Konflikt muss man in der politischen Bildung unter Umständen in Kauf nehmen. Er wird – so ist zu hoffen – durch eine Unterstützung der vorge-

setzten Organe, aber auch durch eine derzeit leider noch nicht recht ausgebildete öffentliche Diskussion der politischen Bildung zu mildern sein.

Der vorliegende Ansatz, die Demokratie durch politische Bildung und Horizonterweiterung insbesondere der jungen Menschen zu immunisieren und damit für die Zukunft zu erhalten, mag manchem allzu idealistisch scheinen. Aber ist die Bildung junger Menschen nicht schlechthin ein idealistisches Ziel?

*Karl Lengheimer, DDr.
Doktor der Rechts- und der Staatswissenschaften, Universität
Wien, Verwaltungsbeamter in NÖ, Bezirksvorsteher in Wien
Wieden von 1987 bis 1997, Direktor des niederösterreichischen
Landtages von 2000 bis 2010, Mitglied des österreichischen
Verfassungskonvents, zahlreiche Veröffentlichungen auf dem
Gebiet der Politik und des öffentlichen Rechts*